

Kombinierter Planungsvertrag

(Objektplanung Gebäude, Tragwerksplanung)

zwischen

Stadt Cloppenburg,

vertreten durch den Bürgermeister

Rathaus - Sevelter Str. 8

49661 Cloppenburg

(nachfolgend „**AG**“ genannt)

und

...

vertreten durch ...

(nachfolgend „**AN**“ genannt)

- AG und AN werden nachfolgend gemeinsam die "**Parteien**" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis:

Inhaltsverzeichnis:	2
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Planungsziele	3
§ 3 Vertragsbestandteile.....	3
§ 4 Leistungsumfang	4
§ 5 Kosten	6
§ 6 Subplaner	6
§ 7 Sonderfachleute	7
§ 8 Vergütung der Planungsleistungen	7
§ 9 Zahlungen	9
§ 10 Termine	9
§ 11 Allgemeine Rechte und Pflichten des AN	9
§ 12 Abnahme	11
§ 13 Mängel der Leistung/Verjährung	11
§ 14 Versicherungen	11
§ 15 Kündigung	12
§ 16 Herausgabe/Dokumentation/Planfreigabe.....	12
§ 17 Urheberrecht	13
§ 18 Geheimhaltung / Werbeverbot.....	14
§ 19 Schlussbestimmungen	15

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrags sind Planungsleistungen für den Neubau einer Grundschule im Ortsteil Emstekerfeld ("**Bauvorhaben**"):

§ 2 Planungsziele

- (1) Die Parteien vereinbaren folgende Planungs- und Überwachungsziele für die Leistung des AN:
 - a) **Standortspezifische Rahmenbedingungen:** Der Neubau erfolgt am bestehenden Schulstandort (Rückbau/Ergänzung des teils über 100 Jahre alten Bestands ist im Vorfeld als unwirtschaftlich verworfen worden).
 - b) **Nutzungszweck & qualitative Anforderungen:** Moderne Grundschule basierend auf neuen pädagogischen Konzepten und veränderten Lernformen. Integration von Flächen für Sozialarbeit, Differenzierungsangebote und moderne Lernumgebungen gemäß politisch beschlossenem Raumprogramm.
 - c) **Qualitäts- und Ausstattungsstandard:** Verpflichtende Umsetzung des QNG-Standards (Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude) sowie ein energetisch optimierter Baukörper. Vollständige Barrierefreiheit inklusive verpflichtendem Einbau eines Aufzugs.
 - d) **Bauökologische/Konstruktive Anforderungen:** Die Planung soll in modularer Bauweise bzw. unter Berücksichtigung modularer Ansätze erfolgen (Wirtschaftlichkeit und Flexibilität).
 - e) **Künftige Erweiterbarkeit:** Das Gebäude ist so zu konzipieren, dass eine spätere Erweiterung an den Giebelseiten bautechnisch und planerisch problemlos möglich ist.
- (2) Die Planungs- und Überwachungsziele im Hinblick auf Kosten und Termine ergeben sich aus §§ 5 und 10.
- (3) Die Parteien sind darüber einig, dass sie mit vorstehenden Regelungen die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele iSd § 650p Abs. 2 BGB vollständig und abschließend vereinbart haben und die Sonderkündigungsrechte gem. § 650r BGB für beide Seiten erloschen sind; vorsorglich verzichten beide Parteien auf etwaige ihnen noch zustehende Sonderkündigungsrechte.

§ 3 Vertragsbestandteile

- (1) Bestandteile dieses Vertrages sind die nachfolgend aufgeführten Dokumente, Normen und Regeln:
 - a) der Text dieses Vertrages;

- b) die Projektbeschreibung inkl. Leistungsbild, **Anlage 1**,
 - c) der Raumbedarf, **Anlage 2**,
 - d) das pädagogische Konzept, **Anlage 3**,
 - e) das vollständige verbindliche Angebot des AN nebst aller Anlagen gemäß Auflistung in **Anlage 4**,
 - f) die allgemein anerkannten Regeln der Technik;
 - g) alle sonst für die Planung und Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Gesetze, Rechtsvorschriften, Richtlinien und Normen und
 - h) das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).
- (2) Bei Widersprüchen zwischen den Vertragsbestandteilen gilt:
- a) Die Vorgaben in für das Bauvorhaben maßgeblichen Gesetzen, Verordnungen, Bescheiden (einschließlich einer noch zu erwirkenden Baugenehmigung und der Vorgaben aus der Bauleitplanung) und sonstigen Normen, auch technischen Inhalts, gehen den Vorgaben in allen anderen Vertragsbestandteilen vor, wenn und soweit von solchen Vorgaben nicht abgewichen werden darf („zwingende gesetzliche Bestimmungen“);
 - b) Die Festlegungen im Vertragstext selbst gehen allen anderen Vertragsbestandteilen mit Ausnahme der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen vor;
 - c) Für die sonstigen Vertragsbestandteile gilt, dass sie als sinnvolles Ganzes auszulegen sind, wobei die allgemein anerkannten Regeln der Technik den Mindeststandard darstellen und im Zweifel die speziellere der allgemeinen Regelung vorgeht. Wenn trotz einer Auslegung nach diesem Maßstab kein vorrangiger Vertragsinhalt festgestellt werden kann, gelten die Vertragsbestandteile in der in Abs. 1 genannten Reihenfolge.
 - d) Lücken in den Vertragsbestandteilen sind im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung zu schließen, wobei auf Grundlage der ergänzenden Vertragsauslegung wenigstens die zwingenden gesetzlichen Bestimmungen und die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden müssen.

§ 4 Leistungsumfang

- (1) Der AN ist verpflichtet, für das Bauvorhaben sämtliche Architekten- und Tragwerksplanungsleistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung des Bauvorhabens unter Berücksichtigung der Planungs- und Überwachungsziele, der allgemein anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen erforderlich sind. Die Leistungspflichten beschränken sich auf die

Leistungsphasen und Leistungen, die der AG dem AN gemäß Abs. 2 mit Abschluss dieses Vertrags verbindlich und gemäß Abs. 3 optional unter Abrufvorbehalt überträgt. Der AN wird mit folgenden Leistungsbildern beauftragt:

- a) Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß §§ 33 ff. HOAI und
 - b) Fachplanung Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff. HOAI.
- (2) Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Mit Vertragsabschluss überträgt der AG dem AN verbindlich die Grundleistungen der folgenden Leistungsphasen:
- a) Objektplanung: Leistungsphasen 1 bis 3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung)
 - b) Tragwerksplanung: Leistungsphasen 1 bis 3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung).
- (3) Der AG behält sich optional vor, dem AN die Grundleistungen der weiteren Leistungsphasen der gemäß Abs. 1 vereinbarten Leistungsbilder zu übertragen (Optionsrecht). Die Übertragung der Grundleistungen erfolgt als Leistungsphase oder einzeln. Ein Rechtsanspruch des AN auf die Übertragung weiterer Grundleistungen oder Leistungsphasen besteht nicht. Der AN ist verpflichtet, sämtliche Leistungen zu den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, wenn der AG sie ihm gegenüber in Textform innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der jeweils vorangegangenen Leistungsphase abrufen. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Ansprüche auf erhöhte Vergütung, Schadensersatz oder Kündigung herleiten, insbesondere nicht für den Fall, dass optionale Leistungen nicht abgerufen werden.
- (4) § 650b BGB findet im Falle der Ausübung der vorstehenden Option keine Anwendung. Die Anpassung der Vergütung infolge der weiteren Leistungen richtet sich nach § 8 Abs. 2 und 3.
- (5) Der AG ist auch berechtigt, jederzeit Änderungen der Planungsziele gem. §§ 2, 5 und 10 anzuordnen; insoweit gelten §§ 650q iVm 650b BGB; die Anpassung der Vergütung infolge der geänderten Planungsziele richtet sich allerdings nach § 8 Abs. 5.
- (6) Für die Beauftragung Besonderer Leistungen im Sinne der HOAI gelten §§ 650q iVm 650b BGB. Die Vergütung erfolgt nach Zeitaufwand zu den im Honorarangebot des AN genannten Stundensätzen.
- (7) Auch für weitere oder geänderte Leistungen gelten die Bestimmungen dieses Vertrages.

§ 5 Kosten

- (1) Die Parteien vereinbaren als Kostenrahmen für die Bauleistungen der Kostengruppen 300 und 400 gemäß DIN 276 folgende Netto-Beträge zzgl. 19% Umsatzsteuer:
 - a) KG 300: 5,3 Mio. Euro brutto,
 - b) KG 400: 1,6 Mio. Euro brutto.
- (2) Die Einhaltung der Kostenrahmen gemäß Abs. 1 hat für den AG hohe Priorität. Der AN verpflichtet sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich, seine Pflichten zur Kostenermittlung und -überwachung ordnungsgemäß durchzuführen und den AG von Kostensteigerungen zu informieren, sobald diese erkennbar sind. Der AN ist verpflichtet, dem AG bei erkennbaren Kostensteigerungen Vorschläge zu Kosteneinsparungsmöglichkeiten zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den Auswirkungen der Einsparungen auf die Qualität und die Termine des Bauvorhabens enthalten.

§ 6 Subplaner

- (1) Der AN ist nur nach schriftlicher Einwilligung durch den AG berechtigt, Leistungen an Subplaner weiter zu vergeben. Die Einwilligung liegt im freien Ermessen des AG.
- (2) Der AN stellt sicher, dass Subplaner die Leistungen im eigenen Betrieb erbringen und nicht ohne vorherige schriftliche Einwilligung des AG an Dritte weiter vergeben.
- (3) Die Subplaner sind Erfüllungsgehilfen des AN.
- (4) Der AN hat die von ihm beauftragten Subplaner in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und zu überwachen. Der AN stellt sicher, dass die Subplaner jederzeit für Rückfragen des AG und zu Besprechungen mit dem AG oder anderen Projektbeteiligten zur Verfügung stehen.
- (5) Die mit den Subplanern vom AN zu schließenden Verträge sind in Schriftform auszufertigen. Der AN wird mit den Subplanern einer Rechteübertragung vereinbaren, die nicht hinter derjenigen in § 17 zurückbleibt. Der AN wird dem AG Kopien der Subplanerverträge nach deren jeweiligem Abschluss übergeben.
- (6) Der AN tritt sämtliche Erfüllungs-, Schadens- und Mängelansprüche, die dem AN gegen seine Subplaner zustehen, aufschiebend bedingt für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN oder dessen Ablehnung mangels Masse an den AG ab. Der AG nimmt die Abtretung an.

§ 7 Sonderfachleute

- (1) Der AN hat den AG über den notwendigen Einsatz von Sonderfachleuten zu beraten. Die Vertragsverhandlungen werden durch den AG bzw. dessen Beauftragten durchgeführt; der AN wird den AG hierbei auf Verlangen in angemessener Weise unterstützen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, den Sonderfachleuten jederzeit die für die Durchführung der Leistungen notwendigen Auskünfte zu erteilen und Einblick in die Unterlagen zu gestatten. Im gleichen Maß ist er berechtigt, Auskünfte bei den Sonderfachleuten einzuholen und deren Unterlagen einzusehen.
- (3) Der AN hat die Planungs- und Geschehensabläufe der Sonderfachleute in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und federführend zu überwachen. Die Planungsergebnisse der Sonderfachleute hat der AN fortlaufend in seine Planung zu integrieren.

§ 8 Vergütung der Planungsleistungen

- (1) Der AN erhält Vergütung für die ihm gemäß § 4 Abs. 2 übertragenen und die gemäß § 4 Abs. 3 vom AG abgerufenen Grundleistungen und Leistungsphasen. Die Vergütung richtet sich vorläufig nach dem Honorarangebot des AN, welches Vertragsbestandteil ist. Honorargrundlage sind die nach §§ 4, 33, 50 HOAI iVm der DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 ermittelten anrechenbaren Kosten. Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 HOAI ist die Kostenberechnung entsprechend der Änderung in den anrechenbaren Kosten fortzuschreiben.
- (2) Honorargrundlage für die Objektplanung (Gebäude und Innenräume) ist ferner:
 - a) Anrechenbare Kosten: Als Grundlage für die Honorarberechnung der Objektplanung gilt die vom AN zu erstellende und vom AG geprüfte und freigegebene Kostenberechnung der Leistungsphase 3 nach DIN 276 (Fassung Dezember 2008). Bis zu deren Vorliegen ist die Kostenschätzung maßgeblich. Eine nachträgliche Anpassung oder Fortschreibung der anrechenbaren Kosten aufgrund von Marktpreissteigerungen oder veränderten Abrechnungssummen nach LPH 3 ist für die vertraglich vereinbarten Grundleistungen ausgeschlossen.
 - b) Honorarzone: Das Bauvorhaben des AG wird einvernehmlich der Honorarzone III zugeordnet.
 - c) Honorarsatz: Es gilt der Basishonorarsatz (Mindestsatz) gem. § 2a Abs. 2 HOAI als vereinbart.
- (3) Honorargrundlage für die Tragwerksplanung ist ferner:
 - a) Anrechenbare Kosten: Für die Tragwerksplanung gelten die anrechenbaren Kosten der Baukonstruktion (insb. Kostengruppe 300 und Teile der KG 400 nach

DIN 276) gemäß den Ermittlungen der Kostenberechnung (LPH 3) der Objektplanung als verbindliche und feste Honorargrundlage. Eine Erhöhung dieser anrechenbaren Kosten durch spätere Vergabeergebnisse oder tatsächliche Abrechnungskosten ist ausgeschlossen.

- b) Honorarzone: Die Tragwerksplanung für das Bauvorhaben wird einvernehmlich der Honorarzone III zugeordnet.
- c) Honorarsatz: Es wird der Basishonorarsatz gem. HOAI für die Tragwerksplanung vereinbart.
- (4) Da sich der Leistungsumfang dieses Vertrags nur auf die erforderlichen Grundleistungen erstreckt (§ 4 Abs. 1) erhält der AN nur die erforderlichen und tatsächlich von ihm erbrachten Grundleistungen vergütet. Das heißt, er erhält die vollen Vom-Hundert-Sätze des § 34 Abs. 3, § 51 Abs. 1 HOAI nur dann, wenn er alle Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase gem. Anlage 10 Nr. 10.1 und Anlage 14 Nr. 14.1 zur HOAI erbracht hat und dies erforderlich war. Die Bewertung der nicht erbrachten oder erforderlichen Leistungen erfolgt nach den Tabellen des Honorarsachverständigen Dipl.-Ing. (FH) Simmendinger, abgedruckt bei Locher / Koeble / Frik / Zahn, Kommentar zur HOAI, 16. Auflage 2025, Anhang 3. Der AN weist die von ihm erbrachten Leistungen im Rahmen seiner Abschlags- und Schlussrechnungen entsprechend §§ 650g Abs. 4 S. 1 Nr. 2, 632a Abs. 1 S. 5 BGB nach.
- (5) Im Falle von geänderten Leistungen gem. § 4 Abs. 5 gilt hinsichtlich der Vergütung des AN folgendes:
 - a) Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, werden nicht zusätzlich vergütet. Gleiches gilt für eine bloße Fortschreibung der Ausgangsplanung.
 - b) Änderungen der anrechenbaren Kosten werden gem. Abs. 1 S. 3 und 4 berücksichtigt.
 - c) Für die wiederholte Erbringung von Grundleistungen bei geänderten Leistungen gilt § 10 Abs. 2 HOAI. Die Ermittlung der Vergütung erfolgt dabei gem. Abs. 1 bis 4 unter Berücksichtigung der Teilleistungstabelle gem. Abs. 4. Eine Honorierung solcher wiederholter Grundleistungen ist jedoch ausgeschlossen, wenn und soweit ihre Wiederholung auf Mängeln der Leistung des AN beruht.
 - d) Wird aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorgaben insbesondere im Baugenehmigungsverfahren ein mehrfaches Überarbeiten von Planungsunterlagen erforderlich, so ist eine zusätzliche Vergütung ausgeschlossen, wenn die öffentlich-rechtlichen Vorgaben für den AN vorhersehbar waren. Im Übrigen kann eine zusätzliche Vergütung nur dann gefordert werden, wenn sich die öffentlich-rechtlichen Vorgaben, die eine Überarbeitung erforderlich machen, nach vollständigem Abschluss der Leistungsphase 3 durch den AN geändert haben und dem AN deshalb erheblicher zusätzlicher Aufwand entsteht.

- (6) Nebenkosten gem. § 14 HOAI werden pauschal erstattet. Die Pauschale richtet sich nach dem Honorarangebot des AN, welches Vertragsbestandteil ist. In den pauschalen Nebenkosten sind Ausfertigungen von Planungsunterlagen in Papierform nach den Anforderungen des AG enthalten.
- (7) In den Honoraren ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nicht enthalten. Sie ist in der jeweils gesetzlich geltenden Höhe gesondert in der Rechnung auszuweisen.

§ 9 Zahlungen

- (1) Der AN erhält Abschlagszahlungen jeweils nach Vorlage einer prüfbaren Abschlagsrechnung für die jeweils nachgewiesenen und vertragsgemäß erbrachten Leistungen.

Abschlagsrechnungen werden fällig 30 Kalendertage nach Zugang einer prüfbaren Abschlagsrechnung beim AG. Der AN wird Abschlagsrechnungen in regelmäßigen Abständen legen, jedoch nicht häufiger als einmal im Monat.

- (2) Die Honorarschlusszahlung wird fällig gem. § 650g Abs. 4 BGB.

§ 10 Termine

- (1) Der AN ist verpflichtet, die von ihm geschuldeten Leistungen zu den Zwischenterminen zu erbringen, die zwischen den Parteien nach Vertragsabschluss einvernehmlich festgelegt werden. Fertigstellungstermin für das Bauvorhaben ist **29. Juni 2029**.

Falls die Parteien wider Erwarten innerhalb angemessener Frist keine Einigkeit über die Terminplanung erzielen, ist der AG berechtigt, Zwischentermine unter Beachtung der Belange des AN nach billigem Ermessen verbindlich festzulegen (§ 315 BGB).

- (2) Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich auf Terminüberschreitungen hinzuweisen, sobald diese erkennbar sind. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, dem AG schriftlich Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten und auf Anordnung des AG entsprechende Optimierungsmaßnahmen einzuleiten und zu überwachen. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf die Kosten und die Qualität des Bauvorhabens enthalten. Die Verpflichtungen in diesem Absatz gelten unabhängig davon, ob der AN eine Terminüberschreitung zu vertreten hat oder nicht.

§ 11 Allgemeine Rechte und Pflichten des AN

- (1) Der AN hat seine Leistungen unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik, des bestehenden bautechnischen Erkenntnisstandes sowie nach dem

Grundsatz größtmöglicher Wirtschaftlichkeit zu erbringen. Letzteres gilt auch im Hinblick auf die späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten.

- (2) Der AN hat seine Leistungen für das Bauvorhaben unter Beachtung der geltenden öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Normen betreffend die Errichtung des Bauvorhabens, insbesondere der planungs-, bauordnungs- und nachbarschaftsrechtlichen Bestimmungen zu erbringen.
- (3) Soweit es sein Auftrag erfordert, ist der AN berechtigt und verpflichtet, die Rechte des AG zu wahren. Insbesondere hat er den am Bau Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Der AG ermächtigt den AN, den am Bau Beteiligten entsprechende Weisungen zu erteilen. Der AN übt für den AG das Hausrecht aus. Der AN ist jedoch nicht bevollmächtigt, den AG rechtsgeschäftlich zu vertreten, insbesondere ist er nicht berechtigt, Aufträge zu erteilen oder die Abnahme von Bauleistungen zu erklären.
- (4) Der AN ist im Rahmen seiner Leistungspflichten verpflichtet, die Vorschriften etwaiger Zuwendungsgeber einzuhalten.
- (5) Der AN stellt ferner, soweit einschlägig, die strikte Einhaltung aller vergaberechtlichen Bestimmungen (GWB, VgV, VOB/A) sowie etwaiger landesrechtlicher Vorgaben (insb. des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes – NTVergG) sicher. Dem AN ist bewusst, dass Pflichtverletzungen hier zu einem beträchtlichen haushalts- oder zuwendungsrechtlichen Schaden des AG führen können (z.B. Rückforderung etwaiger Fördermittel).
- (6) Soweit die Leistungsphase 7 an den AN beauftragt wird, hat er im Rahmen der Angebotsprüfung die eingegangenen Angebote auf ihre technische und rechnerische Vollständigkeit, Richtigkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen, abzuzeichnen und in einem Wertungsvermerk mit einem Vergabevorschlag an den AG zu übergeben.
- (7) Im Rahmen der Rechnungsprüfung hat der AN auch zu prüfen, ob die Rechnungslegung den vertraglichen Vereinbarungen entspricht, insbesondere ob vertraglich vereinbarte Nachlässe oder sonstige Abzüge berücksichtigt sind. Soweit nach den vertraglichen Vereinbarungen bestimmte Zahlungen von Bedingungen oder dem Vorliegen von Unterlagen (Sicherheiten, Dokumentation, etc.) abhängig sind, hat der AN den AG hierauf hinzuweisen und darf Zahlungen nur dann freigeben, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.
- (8) Soweit die Leistungsphase 8 an den AN beauftragt wird, stellt der AN im Rahmen der Objektüberwachung die ständige Erreichbarkeit des Bauleiters sicher. Der AN stellt sicher, dass der Bauleiter im Bedarfsfall innerhalb von maximal 1 bis 2 Stunden vor Ort auf der Baustelle präsent sein kann.
- (9) Der AN verpflichtet sich, alle vier Wochen einen Bericht zur Termin-, Kosten- und Qualitätssituation zu erstellen und dem AG vorzulegen.
- (10) Der AN übernimmt die Organisation, Moderation und Protokollierung aller Projekt- und Baubesprechungen. Die Niederschriften sind innerhalb von drei Werktagen

an den AG und die Beteiligten zu verteilen. Auf die Projektbeschreibung inkl. Leistungsbild, Abschnitt 3.3.1, wird verwiesen. Hiernach sind vom AN min. 2-wöchentlich, bei Bedarf wöchentlich, Projektbesprechungen durchzuführen. Der AN hat zudem mit den ausführenden Unternehmen Baubesprechungen (wöchentlich) durchzuführen.

- (11) Der AN weiß, dass die Baumaßnahme auf dem bestehenden Schulstandort unter teilweiser Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und/oder nachgelagertem Rückbau des Altbestands stattfindet. Die hiermit verbundenen besonderen Koordinierungsleistungen zwischen Abbruch-, Sicherungs- und Neubauplanung (inkl. Bauphasenplanung und Lärm-, Staub- und Erschütterungsschutz) sind von den vereinbarten Honoraren vollumfänglich abgegolten.

§ 12 Abnahme

- (1) Die Leistungen des AN müssen förmlich abgenommen werden. Hierzu erstellen der AN und der AG nach ordnungs- und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter - gegebenenfalls auch nach Vertragsschluss beauftragter weiterer (§ 4 Abs. 3) - Leistungen des AN ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.
- (2) Für eine Teilabnahme der Leistungen des AN gilt § 650s BGB.

§ 13 Mängel der Leistung/Verjährung

- (1) Die Mängelansprüche des AG richten sich nach den werkvertraglichen Vorschriften der §§ 633 ff. BGB. Jedoch ist der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen. Stattdessen gelten die in § 15 festgehaltenen Kündigungsregelungen.
- (2) Die Mängelansprüche des AG gegen den AN verjähren nach 5 Jahren. Die Verjährung beginnt zum Zeitpunkt der Abnahme gem. § 12. Für teilabgenommene Leistungen beginnt die Verjährung mit der erfolgten Teilabnahme.

§ 14 Versicherungen

- (1) Zur Sicherung etwaiger Ansprüche des AG gegen den AN hat der AN eine für das im Zusammenhang mit sämtlichen geschuldeten Leistungen übernommene Risiko (insbesondere auch einschließlich der Risiken aus der Einschaltung von Dritten, die vom AN beauftragt wurden) ausreichende Berufshaftpflichtversicherung nach deutschem Recht abzuschließen und bis zum Ablauf seiner Gewährleistung aufrecht zu erhalten.

Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen mindestens betragen:

- a) für Personenschäden 3.000.000,00 EUR
- b) für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) 3.000.000,00 EUR

Für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres müssen diese Summen jeweils zweimal zur Verfügung stehen.

- (2) Der AN wird dem AG mit Auftragserteilung das Bestehen der Berufshaftpflicht-Versicherung inkl. der erfolgten Prämienzahlung durch Vorlage einer schriftlichen Versicherungsbestätigung des Versicherungsunternehmens nachweisen. Sollte der AN trotz schriftlicher Mahnung den Nachweis der Berufshaftpflicht-Versicherung nicht erbringen, ist der AG berechtigt (aber nicht verpflichtet), den Versicherungsschutz auf Kosten des AN einzudecken.

§ 15 Kündigung

Für die Kündigung dieses Vertrags gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

§ 16 Herausgabe/Dokumentation/Planfreigabe

- (1) Die vom AN für den AG gefertigten und beschafften Pläne und Unterlagen sind dem AG in zweifacher Ausfertigung in Papierform und außerdem auf Datenträger im Ursprungs- sowie im pdf-Format fortlaufend nach Erstellung auszuhändigen; die Dateien müssen nach Möglichkeit für den AG bearbeitbar sein (insbes. Statik- und 3D-Modelle). Sie werden Eigentum des AG. Der AN ist verpflichtet, dem AG sämtliche von ihm für das Bauvorhaben zur Verfügung gestellten Pläne und Unterlagen nach Beendigung des Vertrags zurückzugeben.
- (2) Der AN ist darüber hinaus verpflichtet, für den AG eine komplette Dokumentation des Bauvorhabens in zweifacher Ausführung in Papierform und digital auf Datenträger zusammenzustellen und im Rahmen der Leistungsphase 8 an den AG zu übergeben. Soweit erforderlich, holt der AN die entsprechenden Informationen und Unterlagen bei den Projektbeteiligten oder ausführenden Unternehmen ein und integriert diese in seiner Dokumentation.
- (3) Der AN hat dem AG seine Planung in geeigneten Abständen und Paketen vorzustellen und zu erläutern und dessen Freigabe einzuholen. Die Freigabe durch den AG stellt keine technische Prüfung dar, zu welcher der AG nicht verpflichtet ist und die ihm auch nicht obliegt, sondern dient der Abstimmung genereller planerischer Leitlinien und gestalterischer Aspekte. Diese Freigabe entlastet den AN im Falle einer mangelhaften Erbringung seiner Planungsleistungen nicht.
- (4) Der AN stellt sicher, dass Ausführungspläne mit angemessenem Vorlauf vor dem vorgesehenen Ausführungsbeginn an den ausführenden Unternehmer übergeben werden.

§ 17 Urheberrecht

- (1) An den vom AN erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen, wie insbesondere den Planungen nach § 4, überträgt der AN hiermit auf den AG das einfache Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht.
- (2) Die vorstehende Nutzungsrechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht des AG, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu vervielfältigen, einschließlich der Errichtung der in § 1 des Vertrages genannten Baumaßnahme. Mit eingeschlossen ist ferner das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse, einschließlich der errichteten Baumaßnahme bzw. Vervielfältigungen hiervon, – ganz oder in Teilen – zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu senden.
- (3) Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht des AG, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen, Modernisierungen und Rückbau soweit damit keine Entstellungen des Werkes verbunden sind und dies dem AN unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist. Der AN soll vor Änderungen bzw. Bearbeitungen vom AG angehört werden. Im Falle eines Rückbaus der errichteten Baumaßnahmen ist, soweit diese urheberrechtlich geschützt sind, dem Interesse des AN als Urheber dadurch Rechnung zu tragen, dass ihm die Möglichkeit der Dokumentation des Werks vor seiner Zerstörung gegeben wird.
- (4) Der AG ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
- (5) Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.
- (6) Der AN stellt sicher, dass der AG alle nach diesem Vertrag übertragenen Rechte und Befugnisse vollumfänglich erwirbt, diese weder ganz noch teilweise auf Dritte übertragen wurden oder mit Rechten Dritter belastet sind. Der AN stellt ferner sicher, dass weder bei der Schaffung noch der Nutzung der Leistungen und Arbeitsergebnisse Rechte Dritter verletzt werden, die zu Ansprüchen gegen den AG führen können. Der AN stellt den AG von sämtlichen Ansprüchen Dritter, insbesondere Urheber, die gegen den AG erhoben werden sollten, frei. Ihm bekannt werdende Beeinträchtigungen der vertragsgegenständlichen Rechte hat der AN dem AG unverzüglich mitzuteilen. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung/-verteidigung durch den AG bzw. umfasst den Ersatz der dem AG durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind. Sonstige Ansprüche des AG aus einer Pflichtverletzung bleiben unberührt.

- (7) Der AN ist berechtigt – auch nach Beendigung dieses Vertrages –, das Bauwerk oder die bauliche Anlage mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zu betreten, um fotografische oder sonstige Aufnahmen zu fertigen; deren Veröffentlichung bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG sowie der Einräumung entsprechender Nutzungsrechte durch den AG. Der AG ist berechtigt, die Zustimmung zum Betreten des Bauwerks durch den AN zu verweigern, soweit dem Betreten des Bauwerks durch den AN ein berechtigtes Interesse des AG gegenübersteht; die Verweigerung der Zustimmung ist durch den AG auf Anforderung des AN zu begründen. Dem AN steht das Recht zu, auf den Planunterlagen, am Bauwerk oder an baulichen Anlagen bzw. im Rahmen diesbezüglicher Veröffentlichungen namentlich in branchenüblicher Weise genannt zu werden.
- (8) Genießen die Leistungen des AN keinen Urheberschutz, so kann der AG die Planung des AN für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern. Dasselbe gilt auch für ausgeführte Werke.
- (9) Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der AN bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

§ 18 Geheimhaltung / Werbeverbot

- (1) Der AN verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen, die ihm im Zuge der Leistungserbringung bekannt werden, insbesondere alle Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des AG, geheim zu halten, soweit diese nicht öffentlich zugänglich sind oder ihre Offenbarung zur Fertigstellung des Bauvorhabens notwendig sind. Die Geheimhaltungsverpflichtung umfasst auch die Person des AG. Sie gilt auch nach der Beendigung der Leistungen und für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Beendigung dieses Vertrags.
- (2) Der AN verpflichtet sich, entsprechende Vereinbarungen mit seinen Mitarbeitern, seinen Subplanern oder sonstigen von ihm bei der Leistungserbringung herangezogenen Dritten abzuschließen.
- (3) Die Nutzung aller vertragsgegenständlichen Unterlagen, insbesondere Pläne, Leistungsverzeichnisse, Berechnungen und sonstige technischen und/oder kaufmännischen Unterlagen in anderer Weise als zur Abwicklung des Vertrages ist untersagt. Eine Weitergabe von Unterlagen, insbesondere von Plänen, an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Abbildungen und Baustellenfotos dürfen ausnahmslos nur für interne Zwecke (z.B. für eine eventuelle Baudokumentation) verwendet und nicht an Dritte weitergegeben werden.
- (4) Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt nicht, wenn
 - a) die Information öffentlich bekannt ist oder

- b) die Information dem empfangenden Vertragspartner auf anderem Wege als durch den offenbarenden Vertragspartner bekannt wurde und hierbei durch niemanden eine Geheimhaltungspflicht verletzt wurde.
- (5) Werbung des AN auf der Baustelle, z.B. durch Firmenschilder, ist nur nach vorheriger Zustimmung des AG gestattet.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für eine Änderung/Aufhebung dieser Schriftformklausel.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder künftig unwirksam oder undurchführbar werden, so werden die übrigen Regelungen dieses Vertrags davon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung verpflichten sich die Parteien schon jetzt, eine wirksame Regelung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung rechtlich und wirtschaftlich möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt für Lücken dieses Vertrags.
- (3) Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Cloppenburg.

Cloppenburg, den _____

Auftraggeber

Auftragnehmer